

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 36 (2009)
Heft: 3

Artikel: Wirtschaftskrise : der atlantische Orkan traf die Schweiz mit voller Wucht
Autor: Ribí, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910360>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der atlantische Orkan traf die Schweiz mit voller Wucht

Am Anfang stand eine unvernünftige Geldpolitik der US-Notenbank, dann kamen die Immobilien- und die Finanzkrise in Amerika, gefolgt von einer schweren Bankenkrise in Europa. Schliesslich schlugen die Wogen des «Finanz-Tsunami» auf die reale Weltwirtschaft. Die Schweiz mit ihrer offenen Volkswirtschaft und ihrem mächtigen Finanzplatz mit der Grossbank UBS wurde hart getroffen. Das Bankgeheimnis steht «am Anfang vom Ende». Von Rolf Ribi

Die «Politik des billigen Geldes» der amerikanischen Notenbank steht am Anfang der schwersten Rezession der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten. Alan Greenspan als Präsident des Federal Reserve Board sorgte für sehr niedrige Zinsen und bewirkte damit zwei grosse Spekulationswellen – zuerst am Internetmarkt («New Economy») und später am Immobilienmarkt. Im Juni 2003 drückte er den Leitzinssatz auf das Rekordtief von nur einem Prozent. Die amerikanischen Konsumenten wurden zum Schuldenmachen verleitet, auch beim Kauf von Immobilien. Billige Hypotheken finanzierten praktisch hundert Prozent eines Hauses. Der Umfang solcher Hypothekarkredite wuchs in gigantische Höhen.

Als die Zinsen ab 2004 anzogen, gerieten viele Hypothekarschuldner in Bedrängnis. Der Zwangsverkauf von Eigenheimen führte zum Preiszerfall auf dem Häusermarkt. Damit gerieten auch die Gläubiger der Hypotheken in Schwierigkeiten, denn sie wurden zu Wertberichtigungen in ihren Bilanzen gezwungen. Im Jahr 2008 kam es zum Flächenbrand: Grosse Namen wie Bear Stearns oder Merrill Lynch wurden verkauft, und der Versicherungskonzern AIG wurde unter staatliche Aufsicht gestellt. Als Höhepunkt meldete die viertgrösste amerikanische Investmentbank Lehman Brothers am 15. September ihre Zahlungsunfähigkeit an und riss so andere Banken in die Tiefe.

Dass es zur grossen Bankenkrise in den Vereinigten Staaten kommen konnte, hatte auch diesen Grund: Gefährdete Hypothekarforderungen der Banken wurden ausgelagert (statt in den Bilanzen

verbucht zu werden), nach Risiken gebündelt, zu Wertpapieren gemacht und an der Börse gehandelt. Die neuen Finanzprodukte waren kaum bewertbar, sie gelten als eine entscheidende Ursache der Immobilien- und Bankenkrise.

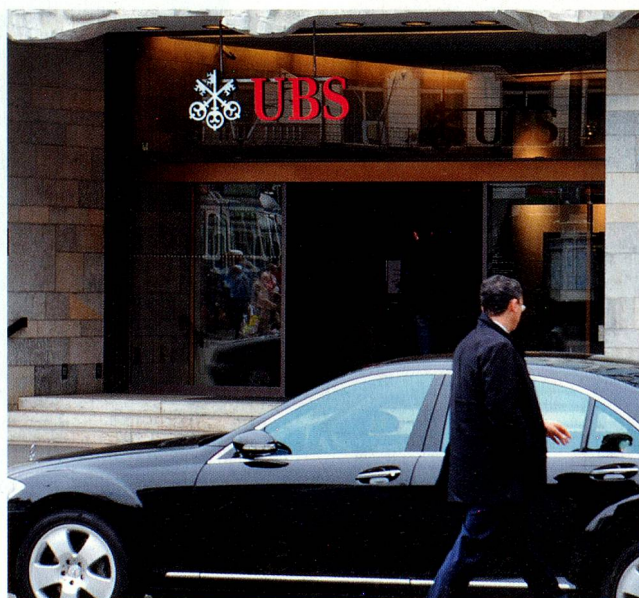
Grossbank UBS vor dem Abgrund

Noch im Jahr 2004 galt die UBS als sicherste Bank der Welt. Die Universalbank an der Zürcher Bahnhofstrasse war die weltweite Nummer eins in der Vermögensverwaltung. Doch die damalige Führung wollte aus der UBS auch die führende Investmentbank der Welt machen, grösser als die berühmten Namen an der New Yorker Wallstreet. (Das Investmentbanking umfasst etwa die Unterstützung von Unternehmen bei Börsengängen sowie den Handel mit Wertpapieren.) Im Sommer 2005 war die Schweizer Bank eine grosse Nummer im risikoreichen Markt mit verschriebenen amerikanischen Hypothe-

kartiteln. Im Jahr 2006 brach die Krise im amerikanischen Immobilienmarkt voll aus. Anleger verloren das Vertrauen in die undurchsichtigen Wertpapiere, deren Kurse in die Tiefe stürzten. Ein eigentlicher «Finanz-Tsunami» (Alan Greenspan) fegte 2007 über den Atlantik.

Im Zürcher Hauptsitz der UBS schien niemand das Ausmass der Krise und den drohenden Kollaps der Bank wahrhaben zu wollen. Auch die damalige oberste Behörde zur Überwachung der Banken schöpfte trotz der riesigen Positionen der Bank im amerikanischen Hypothekenmarkt keinerlei Verdacht. Die führenden Ratingagenturen stufte die Kreditwürdigkeit der Bank weiterhin hoch ein. Als im Sommer 2007 die historische Finanzkrise ausbrach, befanden sich in den Büchern der UBS mehr als 100 Milliarden Franken amerikanischer Kreditpapiere – mehr als das Doppelte des Eigenkapitals. Im Oktober musste die grösste Schweizer Bank erstmals einen Verlust von vier Milliarden Franken bekanntgeben. Im Dezember 2007 folgte die zweite Hiobsbotschaft von weiteren 12,5 Milliarden Franken Abschreibungen auf amerikanischen Hypotheken. Bis zum Herbst 2008 mussten massiv entwertete Anlagen abgeschrieben und verkauft werden – mit Verlusten von fast 50 Milliarden Franken.

Im Spätherbst 2008 wurde die Lage der UBS dramatisch. Andere Banken liehen der Grossbank nur noch kurzfristig Geld, zuletzt höchstens über Nacht. Und immer mehr Kunden zogen ihre Vermögen von der Bank ab. Die verzweifelte Suche der obersten Bankführung nach potenten privaten Geldgebern war erfolglos. Als letzte Hoffnung blieb der Staat: In drei Briefen an den Bundesrat, die Nationalbank und die Bankenaufsichtsbehörde bat der UBS-Verwaltungsratspräsident um bis 68 Milliarden Franken Finanzhilfe – es war das Eingeständnis eines grandiosen Scheiterns. So sah das Milliarden-Rettungspaket von Bund und Nationalbank aus: 6 Milliarden Franken (rückzahlbares) neues Eigenkapital vom Bund und bis 60 Milliarden Dollar von der Nationalbank (gegen Übernahme illiquid gewordener amerikanischer Kreditpapiere). Es war die grösste Staatsinterven-



Der Finanzplatz Schweiz leidet schwer unter der UBS.

tion in der Schweiz – umgerechnet auf jeden der sieben Millionen Eidgenossen betrug das eingegangene Risiko fast 10 000 Franken.

Im Juni 2009 wurde klar, dass der Bund seine 6-Milliarden-Anleihe zugunsten der UBS vorerst beibehält. Die Behörde hätte nach sechs Monaten das Recht gehabt, die Anleihe direkt zu verkaufen oder in Aktien zu tauschen und zu veräussern. Was hält den Bund davon ab, das Risiko UBS loszuwerfen? Die Konditionen dieses Kredites sind günstig ausgestaltet: Die Anleihe ist mit einem Satz von 12,5 Prozent gut verzinst, und beim aktuellen Kurs ergäbe sich gar ein Gewinn von 800 Millionen Franken in die Bundeskasse. Doch der Bundesrat ist von einer Gesundung der Bank noch nicht überzeugt. Laut Nationalbank ist die UBS noch immer mit 24 Milliarden Dollar in kritischen Kreditmärkten engagiert.

Massiver Druck aus Amerika ...

Offshore-Banking (die Betreuung von Vermögen ausserhalb des Heimatstaates des Kunden) und der Schutz der Privatkunden durch das Bankgeheimnis machten den Schweizer Finanzplatz zum weltweit grössten Vermögensverwalter. Die Abwanderung von privaten Vermögen ist auch dem amerikanischen Staat und seiner Steuerbehörde ein Dorn im Auge. Mit dem «Qualified-Intermediary-Vertrag» musste sich die UBS verpflichten, die Vermögen ihrer amerikanischen Kunden in US-Wertpapieren offenzulegen. Die Bank liess sich von diesen Kunden bevollmächtigen, Namen und Investments der US-Steuerbehörde zu melden. Doch der Grossteil der amerikanischen Kunden verzichtete auf diese Offenlegung. Weil aber frühere Kaderleute der Bank vor US-Gerichten ihre oft ungesetzlichen Praktiken zur Gewinnung neuer Kunden verrieten, wurde das Offshore-Geschäft mit «nicht deklarierten» Kunden zu einem «Tanz auf dem Hochseil». Als die Bank von grossangelegten Untersuchungen der Justizbehörden gegen sie erfuhr und ein Lizenzentzug drohte, entschloss sie sich zur Kooperation.

Auch in der Eidgenossenschaft hatte sich der Wind gedreht. Im Oktober 2008 folgte die Steuer-

verwaltung einem US-Amtshilfesuch und übermittelte die Bankdaten von 300 amerikanischen Kunden der Grossbank. «In allererster Linie galt es, die existenzielle Bedrohung der Bank abzuwenden. Die Gefahr war begründet und real», sagte Eugen Haltiner, Präsident der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht. Die Bank habe das amerikanische Steuerrecht umgangen, und in den betroffenen Fällen habe es sich um Steuerbetrug gehandelt. Die UBS willigte in einen Vergleich mit den US-Justizbehörden ein und zahlte 780 Millionen Dollar Busse. Eine mögliche Strafklage gegen die Bank ist damit aber nicht aus der Welt geschafft.

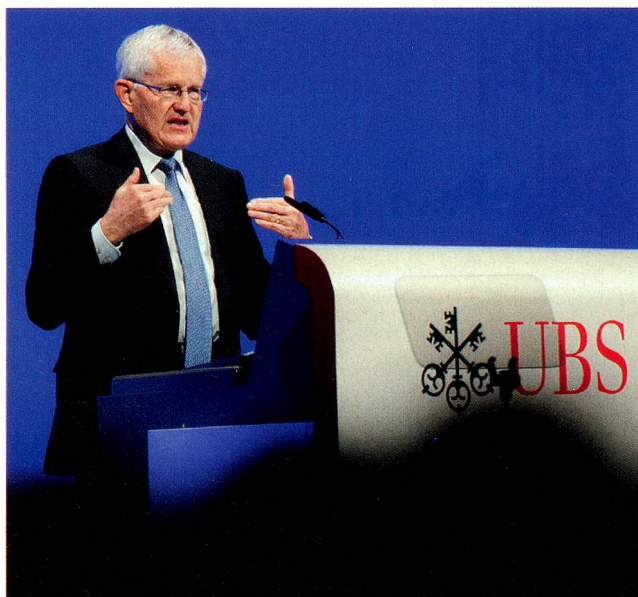
Nur kurz darauf forderte die amerikanische Steuerbehörde mit einer Zivilklage gegen die UBS in Florida die Herausgabe aller 52 000 Namen von US-Kunden mit einem der Bank anvertrauten Vermögen von fast 15 Milliarden Dollar. Alles deutet jetzt darauf hin, dass die UBS Mitte Juli in Florida auf der Anklagebank sitzt. «In Florida wird über das Schicksal der UBS entschieden. Ein Sieg der Steuerbehörde würde der Bank das Genick brechen. Das Kerngeschäft der Bank, die Vermögensverwaltung, wäre im Mark getroffen» (so die «NZZ am Sonntag»). «Bern» und die Bank hoffen jetzt, dass unter dem Verdacht der Steuerflucht stehende (vermögende) amerikanische Kunden sich selber bei der US-Steuerbehörde anzeigen.

... und von der Europäischen Union

Nicht nur aus den Vereinigten Staaten, sondern auch von der Europäischen Union gibt

es massiven politischen Druck auf die Schweiz. «Steuerparadiese sind ein Skandal. Die Staatengemeinschaft lässt sich das schweizerische Bankgeheimnis nicht mehr gefallen», sagte der frühere deutsche Finanzminister Hans Eichel. Noch deutlicher wurde der amtierende deutsche Finanzminister Peer Steinbrück: «Gegen die Schweiz müssen wir nicht nur das Zuckerbrot einsetzen, sondern auch die Peitsche. Um Druck auf die Schweiz auszuüben, kann man auch den Geschäftsverkehr belasten.»

Zwischen der Europäischen Union und der Schweiz wurde 2005 ein Zinsabkommen abgeschlossen. Es verpflichtet alle Schweizer Banken zu einem Steuerrückbehalt (heute 25 Prozent, ab 2011 35 Prozent) auf Zinserträgen von EU-Bürgern. Erfasst werden nur die Zinserträge aus privaten ausländischen Vermögen, nicht Einkommen wie Dividenden von juristischen Personen. Die Vermögen ausländischer Kunden bei Schweizer Banken bleiben so anonym, das Bankgeheimnis ist gewahrt. Innerhalb der Europäischen Union gilt das Zinsbesteuerungsabkommen mit der Schweiz (und mit den EU-Ländern Luxemburg, Belgien und Österreich) nur als zeitlich befristete Übergangslösung. Das macht Bundesrat Hans-Rudolf Merz besorgt: «Aus Brüssel wird wohl ein Tief auf uns zukommen. Die Europäische Union arbeitet in Richtung eines automatischen Informationsaustausches in Steuerfragen. Das wäre das Ende unseres Bankgeheimnisses. Und das wollen wir um keinen Preis.»



Kaspar Villiger bemüht sich als UBS-Verwaltungsratspräsident, das Vertrauen der Kunden wiederzugewinnen.

Schwarzer Tag für das Bankgeheimnis

«Die Schweiz ist ein Paradies geworden für ausländische Gelder, die nicht versteuert werden. Der Aufschrei ausländischer Regierungen ist verständlich.» Dies erklärte nicht ein Bankenkritiker, sondern der Privatbankier Konrad Hummler. Von den rund 2800 Milliarden Franken ausländischer Vermögen auf Schweizer Banken mache das unversteuerte «Schwarzgeld» rund 30 Prozent oder 1000 Milliarden Franken aus.

Am schwarzen Freitag, den 13. März, war es so weit: Unter dem starken Druck der grossen Länder der Europäischen Union

und der Vereinigten Staaten anerkannte die Schweiz den OECD-Standard bei der Amtshilfe in Steuersachen. Fortan will die Schweiz nicht nur bei Verdacht auf Steuerbetrug, sondern auch bei Verdacht auf Steuerhinterziehung Amtshilfe an die ausländischen Steuerbehörden leisten. Die lange helvetische Tradition, zwischen Steuerhinterziehung (einer mit Busse geahndeten rechtlichen Übertretung) und Steuerbetrug (einer strafrechtlich geahndeten Fälschung von Urkunden) zu unterscheiden, gilt gegenüber ausländischen Kunden nicht mehr. Der «Anfang vom Ende des Bankgeheimnisses in seiner heutigen Form» hat Folgen: «Die Schweiz wird in Zukunft kein sicherer Hafen für hinterzogenes Geld mehr sein» (die «Neue Zürcher Zeitung»). «Seit der Auslieferung von Kundendaten an die Amerikaner sind die Anleger verunsichert. Wir können ihnen leider keine klare Botschaft geben» (der Genfer Privatbankier Yves Mirabaud).

Die Schweiz auf der «grauen» Liste

Das «Wohlverhalten» der Schweiz in Sachen internationaler Steuerhilfe gemäss dem OECD-Musterabkommen hat den Druck des Auslandes vorerst nur wenig gemildert. Auf ihrer Gipfelkonferenz vom 2. April in London setzten die zwanzig führenden Wirtschaftsländer die Schweiz auf eine «graue» Liste. Unser Land habe zwar den OECD-Standard anerkannt, aber noch nicht umgesetzt. «Die Schweiz im Schraubstock der G-20» titelte die «Neue Zürcher Zeitung». Erfülle die Schweiz die OECD-Norm nicht, «drohen ihr wirtschaftliche Sanktionen. Eine solche desaströse Entwicklung muss unter allen Umständen vermieden werden.»

Der Bundesrat will den OECD-Standard durch angepasste Doppelbesteuerungs-Abkommen mit ausländischen Staaten umsetzen. Darin wird die Gewährung von schweizerischer Amtshilfe «in konkreten Fällen von Steuerhinterziehung» geregelt. Das erste derartige Abkommen soll dem Parlament und bei einem Referendum dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden. Dieser demokratische Weg könnte aber für die USA, Deutschland und die anderen Länder zu lang dauern...

Schwere Rezession in der Schweiz

«Die weltweit markant verschlechterte Lage trifft die Schweizer Wirtschaft mit voller Wucht», hatte die Schweizerische Nationalbank schon im Frühjahr verkündet. «Für dieses Jahr müssen wir mit einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung von bis zu 3 Prozent rechnen», erklärte Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth. Dies wäre der stärkste Rückgang unserer Volkswirtschaft seit der Erdölkrise von 1975. Im Juni rechneten die Chefökonom des Bundes mit einem negativen Wachstum von 2,7 Prozent in diesem Jahr und von 0,4 Prozent im nächsten Jahr. Für hiesige Verhältnisse ungewohnt hoch sind die Arbeitslosenzahlen: 3,8 Prozent in diesem und 5,5 Prozent mit 240 000 Arbeitslosen im nächsten Jahr.

Der Schweizer Finanzplatz kann sich der Krise nicht entziehen. Mit einem gesamten Verlust von gut 30 Milliarden Franken aller in der Schweiz tätigen Institute geht das Bankjahr 2008 als eines der schlechtesten in die Annalen ein. Der Verlust geht fast vollständig auf das Konto der UBS (minus 36,5 Milliarden) und der Credit Suisse (minus 2,2 Milliarden). Bis zu diesem Sommer sind bei den Grossbanken 6000 Arbeitsstellen gestrichen worden, Ende 2010 werden es insgesamt 10 000 sein.

Gestützt auf den wichtigsten Wirtschaftartikel der Bundesverfassung (Artikel 100) haben Regierung und Parlament bisher drei Konjunkturprogramme zur Stützung der Wirtschaft beschlossen. Im ersten Paket vom November 2008 und im zweiten Paket vom

vergangenen Februar ging es vorwiegend um Projekte des öffentlichen Baus, im dritten Paket vom Juni vorrangig um Massnahmen gegen die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit. Die vom Bund freigegebenen Mittel zur Stützung der Konjunktur belaufen sich auf fast zwei Milliarden Franken – im internationalen Vergleich eher wenig. «Die im Ausland beschlossenen Konjunkturpakete haben für unsere Wirtschaft einen grösseren Einfluss als die eigenen Massnahmen» (der Basler Konjunkturforscher Urs Müller).

Hoffnung für eine Wende

«2009 halte ich für ein verlorenes Jahr. Doch einige Argumente sprechen für eine weltweite Erholung im 2010», erklärte der Chefökonom der Deutschen Bank (die vom Schweizer Josef Ackermann geführt wird). Niedrige Rohstoffpreise, tiefe Zinsen und die Konjunkturprogramme (vor allem in den USA und in China) würden über den Kanal des Welthandels «relativ schnell» zu einer Stabilisierung führen. Die Schweiz bleibe vorerst stark betroffen durch die grosse Bedeutung des Finanzsektors und die starke Auslandsabhängigkeit von Maschinenbau und chemischer Industrie.

Die heutige Rezession muss auch im grösseren Zeitrahmen gesehen werden. In den letzten Jahren erzielte die Schweizer Wirtschaft ein jährliches Wachstum von fast drei Prozent, rund 290 000 Arbeitsplätze sind dabei geschaffen worden. Im schlechtesten Falle wird die Wirtschaftsleistung auf den Stand von 2006 zurückgehen. Und: Seit dem

Jahr 1950, also in nur zwei Generationen, stieg das reale Schweizer Bruttoinlandsprodukt auf den 4,5-fachen Wert und pro Einwohner auf den 2,8-fachen Wert. In diesem Umfang hat die Wohlfahrt der Eidgenossen zugenommen. (Text am 30. Juni abgeschlossen)

DOKUMENTATION

Lukas Hässig: Der UBS-Crash. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2009, CHF 36.90
Myret Zaki: UBS am Rande des Abgrunds, Tobler Verlag, Altstätten 2008, CHF 29.90 (französische Originalausgabe: Editions Favre SA, Lausanne)
Dokumentationszentrum
www.doku-zug.ch



Die Finanzkrise hat Tausende um ihren Arbeitsplatz gebracht, die Arbeitsämter haben wieder Hochbetrieb.